

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

591 (21.12.1922) Mittagausgabe

Rundgebung des Badischen Landtags für das besetzte Rheinland.

Die erste Stunde der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Badischen Landtags war dem Andenken Dr. Zehnters gewidmet. Es ist schon ziemlich lange her, seit der letzte Abgeordnete in den Sälen gestorben ist. Wenn wir nicht irren, ist das seit dem Kriege nicht mehr der Fall gewesen (Dr. Frank, Dr. Wagner-Donauechingen und Schmidt-Singen). Den Platz Zehnters zierte ein großer Kranz mit den badischen Farben. Sämtliche Minister, umgeben von einer stattlichen Anzahl von Regierungskommissaren, hatten am Regierungstische sich eingefunden. Präsident Wittmann leitete die Rundgebung — unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung — mit einem Nachruf ein, den das Haus stehend anhörte und der einen Ueberblick über die Leistungen des Verstorbenen im Parlament und im besondern im Badischen Landtag darstellte, die einzelnen Ausschüsse, denen er angehörte, aufzählte, die Gesetzentwürfe, die er als Berichterstatter im Ausschusse bearbeitete und im Plenum vortrat, aufzählte, den Anwesenden Kenntnis gab von der reichen literarischen Arbeit, die er geleistet. Ob seiner großen Verdienste um die badische Rechtspflege ernannte ihn die juristische Fakultät der Universität Freiburg im Jahre 1906 zum Dr. jur. h. c. Wittmann würdigte besonders die große Heimatliebe des Verstorbenen, mit deren besonderer Betonung der Vorherrscher der Zentrumsfraktion, Dr. Schofer, seine Gedächtnisrede einleitete und schloß. Auch hier ein Lebensbild Zehnters, das von dem bisher gegebenen nur wenig abweicht, nur hin und wieder lebhaftere Farbgebung zeigt: Schofer schilderte die rührerliche Tätigkeit, die parlamentarische Wirksamkeit 'Doppelmandatar fast bis an sein Ende', die literarische Arbeit, den publizistischen Fleiß und die große Vorliebe für Geschichte und Literatur und sollte dem außerordentlich großen Interesse für die Landwirtschaft Anerkennung. Damit war die Trauerfeier beendet. Die Einwohnungsliste stellt für jene Mitglieder des Hauses, die er heute in Massenhausen erfolgenden Beerdigung beizuhören wollen, ihnen besonderen Wagen zur Verfügung.

Wenn unsere Volksvertreter über in unser Wirtschaftsleben besonders tief einschneidende Vorlagen zu entscheiden haben, dann befehlen sie sich besonderer Sachlichkeit. Die Hauptarbeit verlegen sie in den Ausschüsse, dort teilen sie die Ecken und Kanten der Regierungsvorlage ab und dem Plenum bleibt nur noch übrig, das Werk des Ausschusses zu sanktionieren. So war es auch gestern. Die Gesetzentwürfe über die Redaktionsanfertigung und die Verteilung von Neulisten durch das 'Badenwerk' und die Vorlagen des Staatsministeriums über die Schiffbauverwaltung des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee (I. Nachtrag zum Staatsvoranschlag) wurden ohne Wortmeldung angenommen. Dagegen beschwor der Staatsbeitrag zu den Kosten der Erzbischöflichen Kanzlei einen kleinen Zwischenfall herauf. Einzelne Fraktionen ließen durch ihre Sprecher kurz ihren Standpunkt präzisieren. Während Schofer auf Ausfüh-

rungen des Abg. von Au über einen in der Zentrumspresse erschienenen Artikel erwiderte, fiel auf der linken Seite des Hauses der Zwischenruf: 'Das ist Schwindel!', was sich Schofer ganz energisch verbat und dem Zwischenrufer entgegenhielt, das sage nur jemand, der selbst hinterm Dienste stehe. Der Präsident schüttelte glättendes Öl auf die Bogen der Erregung und dann wurde die Position mit Mehrheit angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen und die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung. Nachdem das Haus nahezu zwei Dutzend Gesetze im Sinne der Beschlüsse des Ausschusses erledigt hatte, gab es noch einen kleinen Theaterdonner. Alle Fraktionen und Gruppen hatten den Antrag gestellt, die förmlichen Anfragen über die Geldentwertung, Notlage des Mittelstandes, Feuerungsmaßnahmen der Regierung usw. in der ersten Sitzung nach Neujahr am 16. Januar als ersten Punkt der Tagesordnung zu beraten. Dagegen nahm der Kommunist Bod Stellung, worauf Dr. Schofer verlangte, diese Interpellationen sofort zu erledigen. Sein Antrag aber unterlag. Das Haus war in der vorgezückten Stunde nicht mehr geneigt, diese wichtige Materie in Angriff zu nehmen; auch Bod und die übrigen Kommunisten stimmten gegen den Schofer'schen Antrag. So wurden dann die Beratungen hier abgebrochen.

Ehe der Landtag nun in die Weihnachtsferien ging, versicherte er — und das war ein würdiger Abschluß seiner Tätigkeit im Jahre 1922 — die deutschen Brüder im besetzten Gebiet, im Rheinland der unwandelbaren, opferbereiten deutschen Treue. Präsident Wittmann wies in seiner Ansprache, die wiederholt von Beifallssturmgeburgen unterbrochen wurde, auf die schweren Sorgen hin, die auf dem deutschen Vaterlande lasten. Seine Worte: 'Es gibt feingrößeres Recht als das Recht Deutschlands auf das Rheinland', fanden im Sitzungssaal und auf den Tribünen begeisterten Widerhall. Den Brüdern im Rheinland rief er zu, sie mögen aushalten im Kampf für das Deutschtum. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wegen des obigen Zwischenrufes 'Das ist ein Schwindel!', den der sozialdemokratische Abgeordnete Großhans gemacht hatte, schloß Präsident Wittmann die Sitzung in der üblichen Form. Im nächsten Jahre obliegt dann den Landboten der schwerere Teil der diesmaligen Arbeit.

Neue Eingänge.

Unter den Eingängen für die gestrige Landtags-Sitzung befanden sich u. a. ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Kosten-, Rechtspolizei- und Grundbuchausführungsgesetzes, ferner ein Gesetzentwurf über die Verhinderung der Kindviehbestände, weiter Gesetze des Vorstandes des Städtebundes zu dem Entwurf des Polizeigesetzes, der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Pensionäre, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Durlach mit Stadteitel Aue wegen Mithgenähung des örtlichen Sonderzuzugs (Grenzulage) und des Dr. K. W. Hug in Karlsruhe um Rechtsschutz und Wiederanstellung.

regulierung zwischen Straßburg und Basel: Zur Regulierung des Stromlaufs durch Einbau von Wehren usw., zur besseren Befahrung des Rheins und der Erhöhung des Niederwasserstandes ist unterhalb Basels leichter durchführbar als dies unterhalb Straßburgs der Fall wäre, weil die natürliche Stromregulierung zwischen Straßburg und Basel für die Arbeit günstiger Vorbedingungen schafft. Auch die Kosten der Regulierung dürften unterhalb Basels eher geringer sein. Die Kleiner Felseninsel kann für die Regulierung des Stromes kein Hindernis bilden. Oberbaurat Schneider sagt seine Darlegungen, welche in den interessierten schweizerischen Kreisen lebhaft diskutiert werden, dahin zusammen, daß für die Durchführbarkeit der Rheinregulierung zwischen Straßburg und Basel sowie für die Erfolge der Arbeit jede Garantie übernommen werden könne. Er selbst sei bereit, eine solche Verpflichtung einzugehen und die Regulierung durchzuführen.

gt. Flehingen, 20. Dez. Erneuter Einbruchdiebstahl. Wie bereits berichtet, wurde vor einigen Tagen bei Kaufmann Stahl hier einbruch und Werte von weit über eine Million entwendet. Vorgerstern Nacht ist nun erneut eine in der Güterhalle am Bahnhof lagernde Sendung für Stahl gestohlen worden. Die Täter haben allem Anschein nach die schweren eisernen Türen aus den Angeln gehoben. Die Aufregung in der Bevölkerung ist begreiflich.

= Bruchsal, 20. Dezember. Wie man sich eindeckt. Vor einigen Tagen wurden in einem Geschäft der Kaiserstraße Haushaltsgegenstände im Betrage von 30 000 Mark gestohlen, bei einem Geleitwirt ließ man eine Gans mitgehen und bei einem hiesigen Delikatessengeschäft für mehrere zehntausend Mark Wein, Vitore, Butter und Käse. Schließlich wurden gestern nachmittag in einem hiesigen Zigarrengeschäft aus der Ladenkasse 25 000 Mark gestohlen.

= Eberbach, 19. Dez. Aus dem Oberwasserkanal des Jitterkraftwerkes wurden drei Fische gefangen, die nachts dort ertrunken waren. Bereits vor einigen Tagen erzielte dort vier Stück Wild das gleiche Schicksal.

= Gernsbach, 20. Dezember. Eisenbahnunfall. Am Montag vormittag ereignete sich auf hiesiger Station ein Eisenbahnunfall dadurch, daß der von Scheuren kommende Zug auf ein falsches Geleise lief. Zwei dort stehende beladene Güterwagen wurden beschädigt, auch die Lokomotive des Zuges erhielt Beschädigungen. Passagiere wurden nicht verletzt.

= Badenweiler, 20. Dez. Fremdenverkehr. Auch der Winter hat hier im Fremdenverkehr noch keine zu große Stille eintreten lassen. Der Verkehr ist vielmehr noch immer lebhaft und auch für die Weihnachtsstunde haben sich zahlreiche Gäste angemeldet.

o Vörsach, 19. Dez. Auf die Projekte der Gemeindeverwaltung und der Wiesentaler Bevölkerung gegen die starke Ausfuhr von Weihnachtsbäumen in die Schweiz, während der einheimische Markt so gut wie gar keine Bäume aufweist, hat die deutschen

Zollbehörden gestern an der Grenze nach Basel verschiedene Wagen mit Weihnachtsbäumen angehalten und nach Vörsach zurückgeschickt. Erst wenn der hiesige Bedarf gedeckt ist, können weitere Ausfuhr erfolgen.

= Säckingen, 19. Dez. In der Hauptversammlung des Bauvereins wurde beschlossen eine Hypothek von 500 Schweizer Franken aufzunehmen und damit sämtliche Hypotheken und Baukostenzuschüsse des Staates (ungefähr 500 000 M.) zu decken. Die Hypothek wird als Frankenschuld eingetragen und mit 1500 Franken in 15 Jahren zurückbezahlt.

Gerichtszeitung.

rz. Leipzig, 20. Dez. Revision. Die Ermordung des Ministers Dr. Rathenau hat, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, die Veranlassung zu einem Strafprozeß, der am 2. Oktober vor dem Landgericht Karlsruhe gegen den Führer der Rastatter Kommunisten, den Schlosser Karl Geige, stattfand. Das Gericht verurteilte wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte gemäß dem Antrage des Reichsanwaltes auf Verwerfung der Revision, da die getroffenen Feststellungen die Beurteilung des Angeklagten rechtfertigen.

Karlsruher Strafkammer.

Wegen schweren Diebstahls im Rückfall hatte sich der Fabrikarbeiter Nikolaus Stahl aus Trulben vor der 4. Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte, der schon vielfach vorbestraft ist, hatte in der Nähe seines Heimatortes ein Fahrrad gestohlen und suchte es hier bei einem Händler zu veräußern. Da er sich aber über die Herkunft des Rades nicht ausweisen konnte, wurde er verhaftet. Stahl wurde zu zwei Jahren Zuchthaus abzüglich einem Monat Untersuchungshaft und zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wegen eines frechen Pferdebstahls standen der 20jährige Arbeiter Wilhelm Bellon aus Langenbrünnen, der Pferdebesitzer B. Belz aus Bruchsal und der Gelegenheitsarbeiter Peter David aus Odenheim unter Anklage. Das Klebstatt hatte in der Nacht vom 7. auf 8. August bei einem Müller in Flehingen zwei Pferde im Werte von damals 150 000 Mark gestohlen. Die Tiere sollten in die Pfalz gebracht werden. Der Angeklagte David brachte sie auch glücklich zu einer Fährre am Rhein, nachdem ihn zuvor schon seine beiden Komplizen verlassen hatten, wurde aber noch am selben Tage von der Gendarmerie abgefaßt. Das Gericht verurteilte die Diebe, die alle schon vorbestraft sind, zu empfindlichen Strafen: Wilhelm Bellon und B. Belz erhielten je drei Jahre Gefängnis abzüglich drei Monate Untersuchungshaft, Peter David erhielt unter Einrechnung früherer Strafen eine Gesamtgefängnisstrafe von drei Jahren. Außerdem wurde den Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Ernennungen / Versetzungen / Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.
Ernannt: Kanzleisekretär Heinrich Schindeln beim Bezirksamt Heidelberg zum Verwaltungsassistenten.
Zurufsetzung auf Ansuchen: Geh. Rat Ernst Müller, Generalsekretär des badischen Frauenvereins.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Ernannt: Oberzollsekretär Karl Runze beim Landesfinanzamt Karlsruhe zum Finanzobersekretär bei der Technischen Hochschule Karlsruhe.
Zurufsetzung auf Ansuchen: Studienrat Josef Dehmann am Gymnasium in Mannheim und Studienrat Karl Amersbach am Verhöltschulgymnasium in Freiburg.

Justizministerium.
Ernannt: Justizinspektor Friedrich Kleinschmitt beim Sondergericht Karlsruhe zum Gerichtsverwalter beim Oberlandesgericht, Hilfsaufseher Karl Weidner beim Landesgefängnis Mannheim zum Aufseher, Hilfsaufseherin Maria Schmitt bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zur Aufseherin.
Bericht: die Gerichtsbewalter Richard Müller beim Oberlandesgericht zum Amtsgericht Karlsruhe und Friedrich Petri beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht dorthier.

Arbeitsministerium.
Ernannt: Ober-Reg.-Rat Julius Jung zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Ober-Reg.-Rat Karl Rausch zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden.

Ministerium des Finanzens.
Ernannt: Finanzassistent Theodor Haas bei der Landesbankkasse zum Finanzsekretär.

Forstverwaltung.
Zurufsetzung: die Forstmeister Hans Lang in Stein und Graf Sepp von Wiser in Karlsruhe.

Domänenabteilung.
Ernannt: die Finanzobersekretäre Matthias Karst in Karlsruhe und Robert Hiesler in Meerzburg zu Finanzinspektoren, Schreibschiffin Luise Spyringer beim Domänenamt Konstanz zur Kanzlistin.
Entlassen: Finanzinspektor August Klingmann bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums, Finanzobersekretär Karl Friedrich Fischer beim Domänenamt Emmendingen.

New-Yorker Markkurs vom 20. Dez.

Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß	001,48	am 19. 12. = 001,50
Höchster Kurs	001,53	am 19. 12. = 001,51
Niedrigster Kurs	001,45	am 19. 12. = 001,38
Dies entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von		
6756.75 Mark		
am 19. 12. = 6666.66 Mk.		

Gusten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens besorgen. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm edlem Jagodol-Extrakt durch Aufkochen mit ¼ Pfund Zucker und ¼ Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Edler Jagodol-Extrakt ist sicher erhältlich: Hof-Apothete, Kaiserstr. 201. 11568

Ablehnung der Kohlenferien.

Der Stadtrat von Mannheim hat beim Ministerium des Kultus und Unterrichts den Antrag gestellt, die Weihnachtsferien auf vier Wochen auszudehnen und dafür die Ferien in der Sommerszeit entsprechend zu kürzen, um dadurch einen Teil der hohen Heizungskosten der Schule zu sparen. Das Ministerium hat es aber, wie wir hören, aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, dem Antrag des Mannheimer Stadtrates zu entsprechen, und hat dieser Tage die Antwort den Lehranstalten zugehen lassen. Es heißt darin, es seien Kohlen in genügender Menge vorhanden, wenn auch zu hohen Preisen, und bei rechtzeitiger Belieferung der Städte hätten sich nicht die Schwierigkeiten ergeben, die in einzelnen Städten jetzt vorzuliegen scheinen. Die von dem Gemeindehaushalt erzielte Ersparnis an Kohlen bedeute lediglich eine Mehrbelastung der einzelnen Familien, die Kinder zur Schule schicken. Bei Abwesenheit der Kinder in der Schule brauche vormittags nicht oder nicht so stark geheizt zu werden. In zahlreichen Familien würden die Kinder zudem auf die Straße getrieben werden und damit den Unbilden der Witterung oder auch erheblichen erzieherischen Schäden ausgesetzt werden. Die vom Mannheimer Stadtrat vorgeschlagene Verringerung der Ferien würde nicht den Beifall der Eltern finden. Zu den sozialen treten unterrichtliche und hygienische Bedenken. Alle Lehrer wünschen nach den Schädigungen unseres Unterrichtsbetriebs in der Kriegszeit dringend die Durchführung eines geregelten Schulbetriebs, da durch Ansetzung ungewohnter Ferien die Disziplin gelockert und die Gewöhnung der Schüler an feste Arbeit und die Achtung vor den Aufgaben der Schule bei den Schülern in vererblicher Weise gefährdet wären. Endlich läßt sich die bei Schülern und Lehrern nötige Ausspannung in der Winterszeit nicht in gleichem Maße wie in der Sommerszeit erreichen. Als natürliche Folge einer Kürzung der Sommerferien würde daher bei Eltern und Schülern das Bestreben eintreten, der alten Ferienordnung während des Sommers zum Durchbruch zu verhelfen. Auch die Verletzung würde das wirksam unterstützen. Daher liefern schließlich die beantragten Kohlenferien darauf hinaus, eine Verletzung der Gesamtschulzeit während des Jahres herbeizuführen, die nicht zu verantworten wäre. Auch das laufende Schuljahr gestalte infolge der frühen Lage des Osterfestes nicht eine weitere Einschränkung der Schulzeit.

Rheinregulierung zwischen Straßburg und Basel

= Oberbaurat Schneider von Karlsruhe, welcher lange Jahre Strombauinspektor war und vor 10 Jahren das große Rheinregulierungsmerk zwischen Straßburg und Mannheim durchführte, erklärt in einem Bericht an den schweizerischen Bundesrat über die Rhein-

SALAMANDER
STIEFEL
ein beliebtes Geschenk
Karlsruhe i. Baden
Kaiserstraße 167

